

Khol || Karner || Sobotka || Rausch || Ofner (Hg.)

Österreichisches

**2022** | **Jahrbuch**  
**für Politik**





# Österreichisches Jahrbuch für Politik 2022

Herausgegeben von Andreas Khol, Stefan Karner,  
Wolfgang Sobotka, Bettina Rausch und Günther Ofner

Böhlau Verlag Wien · Köln

Redaktion: Dr. Christian Moser-Sollmann  
Redaktionssekretariat: Dr. Saskia Dragosits  
Anschrift: Tivoligasse 73, 1120 Wien  
Tel.: 01 / 81420-19  
E-Mail: christian.moser-sollmann@politische-akademie.at

Eine Publikation der Politischen Akademie

Umschlagentwurf: Rebecca Ruminak  
Satz: Böhlau Verlag, Wien  
Typographie: Corporate S und Bembo

© Politische Akademie 2023  
Alle Rechte vorbehalten

Böhlau Verlag Ges.m.b.H. und Co. KG, Wien · Köln · Weimar  
ISBN 978-3-205-21719-0  
ISSN: 0170-0847

# Inhalt

## XI Vorwort der Herausgeber

### WAHLEN

- 3 FRANZ SOMMER: Analyse der Bundespräsidentenwahl 2022  
15 RAINER NICK/PAUL UNTERHUBER: Landtagswahl 2022 in Tirol.  
Erwartungen und die Frage nach der Rolle der medialen  
Demoskopie in Wahlzeiten

### INNENPOLITIK

- 31 BETTINA RAUSCH: Über die Rolle des Staates in der Krise  
43 DIANA KINNERT: Grüne Selbstgerechtigkeit gegen politischen  
Kompromiss  
53 ANDREAS UNTERBERGER: Volkspartei: Pech, Vernichtungskrieg oder  
Selbsterstörung  
67 WALTER HÄMMERLE: Lehrjahr eines Lernenden  
77 CHRISTIAN MOSER-SOLLMANN: Karl Nehammer. Ein Porträt im Spiegel  
der Medien  
89 ANDRÉ BUCHEGGER: Die österreichische Klima- und Energiepolitik  
in Zeiten multipler Krisen. 2022: Jahr der Herausforderungen und  
Chancen  
99 ANDREAS KHOL: Bundesstaatsanwalt oder Generalstaatsanwalt?  
Demokratie oder Richterstaat?  
111 SUSANNE RAAB: Medien. „Die einzige Konstante ist die Veränderung  
im Universum“

- 121 HERWIG HÖSELE: Von Hermann Schützenhöfer zu Christopher Drexler. Ein gelungener Landeshauptmannwechsel angesichts volatiler Wählerschaft
- 133 CHRISTOPH SCHMIDT: Burgenland. Folgt auf die Verstaatlichungsorgie ein Finanzdebakel?
- 141 TRISTAN PÖCHACKER: Wiedereröffnung des historischen Parlamentsgebäudes
- 151 ANDREAS KHOL: Die demokratiegefährdende Praxis der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse geht weiter
- 161 CAROLINE ABBREDERIS: „Das hier ist eine politische Veranstaltung“. Die Aktenvorlage im Untersuchungsausschuss auf dem rechtlichen Prüfstand
- 181 WOLFGANG SOBOTKA/FLORIAN GRODER: Parlamentarische Diplomatie. Der Blickwinkel Österreichs

#### DIE VIERTE GEWALT. UNTER DRUCK ODER DRUCKMITTEL?

- 197 ALOIS VAHRNER: Kursrutsch der „Medien-Währung Glaubwürdigkeit“ stoppen
- 201 ANDREAS KOLLER: Demokratie in der Vertrauenskrise. Wie konnte das passieren?
- 207 CHRISTIAN ULTSCH: Die flüchtige Macht der vierten Gewalt
- 213 ERNST SITTINGER: Zahme Medien kann sich die Demokratie nicht leisten
- 217 PETRA STUIBER: Wo kein Wille ist, ist auch kein Weg aus dem Sumpf
- 225 GEORG WAILAND: Die 4. Gewalt. Unter Druck oder Druckmittel?
- 229 MARTINA SALOMON: Die vierte Macht. Unter Druck oder Druckmittel?

#### WISSENSCHAFT

- 237 HEINZ FASSMANN: Nach dem Nobelpreis. Zufrieden in die Zukunft?
- 249 CHRISTIAN MOSER-SOLLMANN: Die kupierte Alternative

- 261 ANDREAS KIRSCHHOFER-BOZENHARDT: Der erblindete Spiegel.  
Demoskopie auf Schleuderkurs

#### WIRTSCHAFT

- 285 JÜRGEN STREITNER: Merit-Order: Optionen für eine neue  
Strompreisfindung
- 299 MARGIT SCHRATZENSTALLER: Bewältigung der Teuerung und der  
anderen Herausforderungen für die ökosoziale Marktwirtschaft.  
Welt-, europa- und österreichweit
- 315 MONIKA KÖPPL-TURYNA: Inflation und Energiekrise. Hinweise zur  
ordnungspolitischen Bewältigung
- 327 DANIEL VARRO: Wie standortverträglich ist die Ökologisierung unseres  
Steuersystems?

#### EUROPA

- 341 PAUL LUIF: Österreich ohne enge Zusammenarbeitspartner in der EU.  
Neutralität als Hindernis?
- 353 STEFAN KARNER: Russlands Krieg in der Ukraine und seine Folgen
- 363 PAUL ERTL: Karl Nehammer in heikler Mission
- 387 VELINA TCHAKAROVA: Russlands Krieg gegen die Ukraine. Sicherheit,  
Militär, Geopolitik
- 401 ARNOLD H. KAMMEL: Eine Zeitenwende für die Landesverteidigung?  
Der Krieg in der Ukraine und die Auswirkungen auf das  
Österreichische Bundesheer
- 411 EMIL BRIX: Die geopolitische Zeitenwende
- 427 VALENTIN INZKO: Westbalkan – aktuelle Entwicklungen
- 433 MICHAEL BORCHARD: „Das neue ‚Normal‘“. Die Ampel und Türkis-  
Grün: Erfolgsbedingungen und Herausforderungen der Realpolitik  
und der Krisenbewältigung für neue Koalitionen auf der nationalen  
Ebene



ZEITGESCHICHTE

- 447 WOLFGANG SANDER: Politische Bildung und gesellschaftlicher Zusammenhalt
- 451 CHRISTIAN TESCH: 50 Jahre staatsbürgerliche Bildung. Im Interesse unserer Demokratie
- 457 MARIA MALTSCHNIG: 50 Jahre Karl-Renner-Institut. Geschichte verstehen, Zukunft gestalten
- 461 AXEL KASSEGGER: 50 Jahre Parteiakademien in Österreich
- 465 LUKAS SCHRETMAYER-SUSTALA: 50 Jahre politische Bildungsarbeit. Was tun in der Vertrauenskrise?
- 471 DAGMAR TUTSCHEK: Warum Bildung der Schlüssel zum Wandel ist
- 477 ELISABETH MAYERHOFER: Politische Bildung. Ein Blick in die Zukunft
- 481 STEFAN KARNER: Der Kärntner Konsensweg – (k)eine Selbstverständlichkeit
- 487 VALENTIN INZKO: Kärntner Jubiläen und Gedenktage
- 495 ALFRED RIEDL: 75 Jahre Österreichischer Gemeindebund. „Die Zukunft des Landes liegt in den Gemeinden“
- 505 THOMAS WALTER KÖHLER/CHRISTIAN MERTENS: Abschied vom Palais Todesco. Zur Erinnerung an einen politischen Intellektuellen
- 517 ALEXANDER PURGER: Satirischer Jahresrückblick: Von Aufrüstung bis Zaun. Das ABC eines Jahres, das es ganz schön in sich hatte und so manchen ganz schön außer sich brachte
- 
- 529 Biografien der Herausgeber und Autoren
- 537 Personenregister
- 539 Sachregister

L E I T A R T I K E L / V O R W O R T D E R H E R A U S G E B E R

Tiroler  Tageszeitung



**UM POLITIK ZU VERSTEHEN,  
MUSS MAN DIE HINTER-  
GRÜNDE KENNEN.**

[www.tt.com](http://www.tt.com)

## Vorwort der Herausgeber

Im Jahre 2022 dauerten die Krisen der Vorjahre noch an, aber völlig unerwartet kamen noch weitere dazu: Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine erschütterte und betraf die gesamte Welt, aber auch besonders Europa und Österreich. Er führte zu einer Krise in der Energieversorgung und zu einer energiekostengetriebenen Erhöhung der Verbraucherpreise. Mit einem Krieg in Europa hatte die Allgemeinheit trotz der Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim im Frühjahr 2014, den separatistischen Bewegungen in Donezk und Luhansk im Osten der Ukraine und dem autoritären Umgang mit Demonstrationen und Opposition in Russland nicht mehr gerechnet. Trotz dieser bedrohlichen Entwicklungen wurde Russland unter Führung von Staatspräsident Wladimir Putin allgemein als Staat eingeschätzt, der auf dem Weg zur sozialen Marktwirtschaft und der Demokratie Fortschritte machte. Schließlich war es Mitglied der Organisation für die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und des Europarats und hatte auch am NATO-Programm der Partnerschaft für den Frieden aktiv mitgearbeitet. Der Krieg entwickelte sich mit bisher nicht bekannter Brutalität. Alle Regeln des Kriegsrechts, das mit der Haager Landkriegsordnung (1899/1906) begann und mit den Genfer Konventionen zum universell geltenden Kriegsvölkerrecht wurde, wurden vorsätzlich und systematisch gebrochen. Die Grundsätze der weltweit geltenden Friedensordnung durch die Gründung der Vereinten Nationen (1945) wurden ebenso gebrochen: Gewaltverzicht, Schutz der Menschenrechte, friedliche Beilegung von Konflikten. Schließlich wurden auch die Fortschritte des Helsinki-Prozesses vernichtet, welche zur Gründung der OSZE geführt hatten. Schon 1997 hatte die Ukraine auf dem NATO-Gipfel in Madrid einen militärischen Partnerschaftsvertrag mit der NATO verabschiedet. Dieser schützte sie ebenso wenig, wie alle anderen Instrumente des Völkerrechts und der Vereinten Nationen. Die bedrückende Erkenntnis wurde gewonnen, dass Atomkräfte faktisch unbeschränkt das Recht brechen können, da es keine wirksamen Mittel der Rechtsdurchsetzung gibt und niemand einen Atomkrieg wagen kann. Setzt sich Russland durch, wird die derzeitige Weltfriedensordnung zur Makulatur, und an ihre Stelle tritt das System

der Einflusszonen globaler Mächte, in denen sie weitgehend unbehelligt agieren können.

Der Krieg gegen die Ukraine bedroht daher nicht nur die Weltordnung, sondern auch die Europäische Friedensordnung. Russland ist inzwischen nicht mehr Mitglied des Europarats; die OSZE ist lahmgelegt.

Angesichts dieser neuen Bedrohung müssen alle Staaten plötzlich Anstrengungen für ihre Sicherheit machen – auch Österreich musste sofort reagieren. „Die Geographie ist das Schicksal der Nationen“, meinte einst Charles de Gaulle. Österreich lag von 1945 bis zum Ende des Eisernen Vorhangs genau an der Bruchzone zwischen dem freien Westen und dem kommunistischen Osten. Wenn am Ende des Ukraine-Kriegs ein neuer Kalter Krieg entstehen sollte, so hat sich für Österreich die Zone der Konfrontation um Tausende Kilometer in den Osten verschoben – dennoch eine bedrohliche Perspektive. Im parteiübergreifenden Konsens wurde daher die ständige Kürzung der Mittel für die Landesverteidigung beendet. Die Verbesserung der Wehrfähigkeit wurde beschlossen und die Mittel für die Landesverteidigung wurden erhöht. In unserem Jahrbuch finden sich dazu Beiträge von Stefan Karner, Velina Tchakarova, Arnold Kammel, Emil Brix und Paul Luif.

Auch die Innenpolitik kam erst im Laufe des Jahres 2022 einigermaßen zur Ruhe. Das letzte Trimester 2021 wird als Drei-Kanzler-Trimester in die Geschichte eingehen. Am 6. 10. 2021 trat Sebastian Kurz zurück, ihm folgte am 11. 10. 2021 Alexander Schallenberg, dem nach dem endgültigen Rückzug von Sebastian Kurz aus der Politik am 6. 12. 2021 Karl Nehammer folgte. Die Arbeit der türkis-grünen Koalition nahm unter der Führung von Kanzler Nehammer und Vizekanzler Werner Kogler in der Regierung, und den Klub-Vorsitzenden August Wöginger und Sigrid Maurer im Parlament Fahrt auf. Die Bilanz des Jahres 2022 kann sich durchaus sehen lassen, wurde aber von der veröffentlichten Meinung nicht anerkannt – und auch die Bevölkerung ließ sich nicht beeindrucken. Dazu war das innenpolitische Klima zu vergiftet, und die Zeiten der ausklingenden Pandemie, der beginnenden Energiekrise und der alle Maße sprengenden Teuerung sowie die Kriegsangst erzeugten eine generell sehr schlechte und von Ängsten geprägte Stimmung bei den Menschen. Dieses Phänomen trifft alle Regierungen in Europa gleichermaßen.

Zu Karl Nehammer und seiner Zwischenbilanz haben wir mehrere Beiträge im Jahrbuch: ein Porträt anhand von Presseberichten von Christian Moser-Sollmann, eine sehr kritischen Analyse von Andreas Unterberger und schließlich eine ebenso kritische Bilanz von Walter Hämmerle, der Nehammers erstes Jahr als „Lehrjahr eines Lernenden“ beschreibt und ihm attestiert, die Zusammenarbeit mit den Grünen inmitten vielfacher Krisen stabilisiert zu haben. Das vergiftete Klima haben wir schon angesprochen, und die Krisenangst weiter Teile der Bevölkerung. Mit den Bedrohungen der Demokratie in Österreich befassen sich Bettina Rausch (die Rolle des Staates in der Krise) und Andreas Khol (die demokratiebedrohende Praxis der Untersuchungsausschüsse). Sieben Chefredakteure diskutieren die Rolle und Probleme der Medien, der Vierten Gewalt: Alois Vahrner, Andreas Koller, Christian Ultsch, Ernst Sittinger, Petra Stumber, Georg Wailand und Martina Salomon.

Natürlich werden die zahlreichen Reformen der Regierung gewürdigt, die sich in einem Normaljahr sehen lassen könnten: die ökosoziale Steuerreform, die Abschaffung der sog. Kalten Progression, die laufende Wertsicherung der staatlichen Beihilfen durch jährliche Anpassung an die Teuerung, die vielen Klimaschutz-Maßnahmen und Maßnahmen der Sicherung der Energieversorgung Österreichs: André Buchegger (Klima- und Energiepolitik in Zeiten multipler Krisen), Margit Schratzenstaller (Bewältigung der Teuerung), Monika Köppl-Turyna (ordnungspolitische Bewältigung der Inflation und der Energiekrise), Daniel Varro (Standortverträglichkeit der Ökologisierung unseres Steuersystems), Michael Borchard vergleicht die Krisenbewältigungsstrategien der deutschen und österreichischen Regierung und Diana Kinnert schreibt über grüne Selbstgerechtigkeit in der Klimaschutzbewegung.

Wichtige Reformen werden angesprochen und diskutiert. Andreas Khol analysiert die Vorschläge zur Einrichtung einer neuen Weisungsspitze für die Staatsanwälte in der Form des Bundestaatsanwalts. Susanne Raab stellt die neue Medienförderung zur Diskussion. Caroline Abbrederis und Andreas Khol stellen nachdrücklich eine Reform des Rechts der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse dar, zu denen der Leitartikler im Kurier vom 18. 1. 2023, Christian Böhmer, nach dem unrühmlichen Ende des laufenden

Ausschusses meinte: „Irgendetwas muss aber geschehen. Denn der nächste Untersuchungsausschuss kommt bestimmt. Und wenn die Parlamentarier ihr Ruf irgendwie kümmert, dann sollte er nicht anders ablaufen, nein: Er muss es.“

Die Wahlen im Jahr 2022 werden wie stets dargestellt und bewertet. Franz Sommer zeigt die Besonderheiten im Ergebnis der Bundespräsidentenwahl auf, Rainer Nick und Paul Unterhuber analysieren die Tiroler Wahl. Eine Besonderheit der Tiroler Wahl bestand darin, dass drei Meinungsforschungsinstitute in einer Massenzeitung sechs Tage vor der Wahl übereinstimmend einen Absturz der langjährigen Landeshauptmann-Partei voraussagten. Ihre Prognose wich zehn Prozent vom tatsächlichen Ergebnis ab. Unter dem Titel: „Der erblindete Spiegel – Demoskopie auf Schleuderkurs“ geht Andreas Kirschhofer-Bozenhardt den Ursachen dieser und anderer offensichtlichen Fehlprognosen auf den Grund. In der Kurzzusammenfassung meint er: „Demoskopische Erhebungen bieten bei fachgerechter Anwendung der Politik die Chance, rasch und problemadäquat auf den wirtschaftlichen und sozialen Wandel zu reagieren. Diese Vorzüge kommen in der politischen Praxis jedoch immer weniger zum Tragen. Zu beobachten ist ein zunehmender Verlust an methodischer Sauberkeit und Wissen bei der Erstellung von Umfragen, aber auch ein erschreckender Umgang mit der Demoskopie durch Politik und Medien.“

Wir wollen auf weitere besondere Beiträge hinweisen: So würdigt Stefan Karner den Ortstafelstreit vor 50 Jahren und dessen Lösung in Kärnten, Valentin Inzko die Aussöhnung zwischen Deutsch- und Slowenisch-Sprachigen vor 50 Jahren in der katholischen Kirche, und Christoph Schmidt weist auf die stille Revolution im Burgenland hin und fragt: Folgt auf die Verstaatlichungsorgie ein Finanzdebakel?

Im Krisenjahr 2022 gab es auch ein Jubiläum zu feiern: 50 Jahre Parteiakademien in Österreich. Am 9. Juli 1972 wurde im österreichischen Parlament einstimmig das „Bundesgesetz zur Förderung staatsbürgerlicher Bildungsarbeit im Bereich der politischen Parteien sowie der Publizistik“ beschlossen, um die Politik zu professionalisieren und die Funktionäre und Mandatäre umfassend und gut für ihre politische Arbeit auszubilden. Nach einer allgemeinen Einführung in das Thema „Demokratiepolitische Bil-

dungsarbeit“ von Wolfgang Sander geben mit Christian Tesch (Politische Akademie), Maria Maltschnig (Renner-Institut), Axel Kassegger (Freiheitliches Bildungsinstitut), Dagmar Tutschek (Freda – die Grüne Zukunftsakademie) und Lukas Sustala (NEOS Lab) Vertreter aller fünf Parteiakademien einen Einblick in Anspruch, Selbstverständnis und aktuelle Arbeitsschwerpunkte der Parteiakademien. Elisabeth Mayerhofer rundet den Themenschwerpunkt mit einem Ausblick auf die Zukunft der politischen Bildungsarbeit ab.

Zu guter Letzt: Das Parlament ist in fünf Jahren und dem Einsatz von 400 Millionen Euro glanzvoll restauriert worden – darüber berichtet Tristan Pöchacker, der als Mitarbeiter unseres Mitherausgebers Präsident Wolfgang Sobotka das Sanierungsprojekt begleitet hat.

Wien, am 25. Jänner 2022

Andreas Khol, Stefan Karner, Wolfgang Sobotka,  
Bettina Rausch, Günther Ofner





# W A H L E N



# UNSERE INDUSTRIE



## **schafft Wohlstand**

Österreichs Industrie ist Treiber für Fortschritt sowie Garant für Wachstum und Lebensqualität. Sie leistet fast ein Drittel der gesamten heimischen Wirtschaftskraft und schafft rund eine Million Arbeitsplätze.

Zukunft gestalten  
Industriellenvereinigung



FRANZ SOMMER

## **Analyse der Bundespräsidentenwahl 2022**

*Zumindest in einem Punkt verzeichnete die Bundespräsidentenwahl 2022 einen neuen Rekord: Auf dem Stimmzettel standen sieben Kandidaten-Namen. Und trotzdem zweifelte niemand daran, dass der Amtsinhaber Alexander Van der Bellen diese Wahl für sich entscheiden wird. Fraglich war nur, ob für seine Wiederwahl eine Stichwahl erforderlich sein wird oder nicht.*

Während die Traditionsparteien ÖVP und SPÖ auf die Aufstellung eines eigenen Kandidaten/einer eigenen Kandidatin verzichteten, schickte die FPÖ mit Walter Rosenkranz einen eigenen Kandidaten ins Rennen. Norbert Hofer, der 2016 erst bei der (wiederholten) Stichwahl gegen Alexander Van der Bellen unterlag, zeigte diesmal keine Ambitionen und signalisierte bereits lange vor der Wahl, dass er nicht gegen den amtierenden Bundespräsidenten antreten wird.

6.000 Unterstützungsunterschriften waren für eine Kandidatur erforderlich. Sechs (männliche) Kandidaten schafften diese Hürde. Gereiht nach dem Alphabet standen folgende Namen auf dem Stimmzettel: Michael Brunner, Gerald Grosz, Walter Rosenkranz, Heinrich Staudinger, Alexander Van der Bellen, Tassilo Wallentin und Dominik Wlazny. Gereiht nach den demoskopisch erhobenen Wahlchancen führte der FPÖ-Kandidat Walter Rosenkranz das Kandidatenfeld an, gefolgt von Tassilo Wallentin, der auf eine hohe Präsenz in der Kronenzeitung zählen konnte, und von Dominik Wlazny, der mit seiner „Bierpartei“ bei der Wiener Gemeinderatswahl 2020 einen kleinen Achtungserfolg erzielt hatte.

Gerald Grosz, Ex-Nationalratsabgeordneter der BZÖ, lag in den Umfragen zwar hinter Walter Rosenkranz, Tassilo Wallentin und Dominik Wlazny, aber noch vor Michael Brunner und Heinrich Staudinger, die in der Wählergunst von Beginn an die beiden letzten Plätze belegten.

Ernst zu nehmende „Herausforderer“ waren all diese Kandidaten jedenfalls nicht. Keinem schien es darum zu gehen, in die Hofburg einzuziehen. Das unausgesprochene Motto war offensichtlich: „Dabei sein ist alles!“ Und einen möglichst guten Platz hinter dem Gewinner der Wahl zu belegen. Auch Walter Rosenkranz hat bei seinen Wahlkampfauftritten zwar eine Stichwahl gegen Alexander Van der Bellen als realistisches Ziel ausgegeben, wirklich daran geglaubt hat wahrscheinlich aber auch er selbst nicht.

## Bundespräsidentenwahl 9. Oktober 2022

Deklarierte Wahlabsichten für die Kandidaten; Erhebungszeitraum: 10. September–6. Oktober 2022.

Datenbasis: „Werde sicher wählen“ und „Habe bereits gewählt“, Befragte mit Kandidaten-Präferenz = 100

Prozent. Frage: „Insgesamt 7 Kandidaten stehen in alphabetischer Reihenfolge auf dem Stimmzettel. Welchen der folgenden Kandidaten werden Sie am 9. Oktober voraussichtlich Ihre Stimme geben? Auch wenn Sie sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht entschieden haben: Welcher der sieben Kandidaten kommt für Sie persönlich am ehesten infrage?“

Kandidaten	Befragte mit deklarierter Kandidatenpräferenz in Prozent
Michael Brunner	2,0
Gerald Grosz	7,2
Walter Rosenkranz	16,1
Heinrich Staudinger	1,8
Alexander Van der Bellen	53,8
Tassilo Wallentin	8,8
Dominik Wlazny	10,3
Gesamt	100,0

Quelle: Demox Research, Online-Befragung, 3.000 CAWI-Interviews (kumuliert), Recall-Gewichtung nach der Bundespräsidentenwahl, 2. Wahlgang 2022, Erhebungszeitraum: 10. 9.–6. 10. 2022

Der Ausgang der Bundespräsidentenwahl vom 9. Oktober 2022 spiegelt im Kern die erhobenen Wahlabsichten für die Kandidaten von Mitte September bis Anfang Oktober wieder. Die Stärkerelationen zwischen den Kandidaten auf Basis der Befragten mit Beteiligungsabsicht („Werde sicher wählen“ oder „Habe bereits mittels Briefwahl gewählt“) waren vom tatsächlichen Wahlergebnis nicht weit entfernt.

Die Wähleranteile der Kandidaten am Wahntag weichen nicht gravierend von den kumulierten Kandidatenpräferenz-Messungen vor der Wahl ab: Alexander Van der Bellen und Walter Rosenkranz haben im Ergebnis etwas besser abgeschnitten als in den Umfragen vor der Wahl, bei Gerald Grosz war es umgekehrt. Das Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Dominik Wlazny und Tassilo Wallentin war am Wahntag noch knapper als in den Umfragen vor der Wahl. Heinrich Staudinger und Michael Brunner belegten erwartungsgemäß den letzten bzw. vorletzten Platz.

Das Briefwahlergebnis zeigt im Vergleich zum Urnenwahlergebnis die bekannten Muster: Auf Basis des Urnenwahlergebnisses kommen die „rechten“ Kandidaten Rosenkranz, Grosz und Wallentin auf 33,5 Prozent der gültig abgegebenen Stimmen. Bei den Briefwahlstimmen liegt ihr gemeinsamer Wähleranteil mit 26,6 Prozent signifikant niedriger.

Spiegelverkehrt sind die Ergebnisse bei Alexander Van der Bellen. Er erzielt im Gesamtergebnis 56,7 Prozent, bei den Urnenwahlstimmen 54,6 Prozent und bei den Briefwahlstimmen 65,3 Prozent.

Obwohl die Zahl der Briefwahl-Wähler seit Jahren kontinuierlich zunimmt, haben sich die strukturellen Unterschiede zwischen Briefwahl-Wählern und Urnenwahl-Wählern nicht nivelliert.

Briefwahl-Wähler und Urnenwahl-Wähler unterscheiden sich in Bezug auf soziodemographische Merkmale und ihrem Wahlverhalten nach wie vor markant. Diese strukturellen Unterschiede resultieren allerdings indirekt aus der regionalen Verteilung der Urnenwahl- und Briefwahlstimmen: Städtisch-urbane Wähler wählen signifikant häufiger mittels Briefwahl als Wähler in ländlichen Regionen.

### Bundespräsidentenwahl 9. Oktober 2022

Wähleranteile der Kandidaten Österreich gesamt; Urnenwahl – Briefwahl – Gesamtergebnis

Kandidaten	Ergebnis Urnenwahl in %	Ergebnis Briefwahl in %	Ergebnis Urnen- und Briefwahl in %
Michael Brunner	2,2	1,9	2,1
Gerald Grosz	6,0	4,0	5,6
Walter Rosenkranz	19,1	11,9	17,7
Heinrich Staudinger	1,6	1,7	1,6
Alexander Van der Bellen	54,6	65,3	56,7
Tassilo Wallentin	8,4	6,7	8,1
Dominik Wlazny	8,2	8,6	8,3
Gesamt	100,0	100,0	100,0

Wahlberechtigte:	6.363.489
Ausgestellte Wahlkarten:	958.136
Abgegebene Stimmen:	4.148.082
Wahlbeteiligung:	65,2 Prozent

Das starke Stadt-Land-Gefälle im Abschneiden Van der Bellens bei der Wiederholungsstichwahl am 4. Dezember 2016 war bei der Wahl am 9. Oktober 2022 jedoch weniger stark ausgeprägt. Aus der wahlstatistischen Auswertung der Ergebnisse nach der Gemeindegröße geht hervor, dass Van der Bellen seinen Wähleranteil in ländlichen Wahlbezirken um 5 bis 7,5 Prozentpunkte erhöhen konnte. In Klein- und Mittelstädten fiel der Zuwachs an Wählerstimmen mit einem Plus von 2,9 Prozentpunkten bereits deutlich schwächer aus.

In der Bundeshauptstadt Wien und in den Landeshauptstädten erzielte der am 9. Oktober 2022 wiedergewählte Bundespräsident mit 62,9 bzw. 61,4 Prozent zwar deutlich höhere Wähleranteile als im Durchschnitt (Österreich gesamt: 56,7 Prozent), aber im Vergleich zu 2016 ging sein Wähleranteil sogar geringfügig zurück: Das kumulierte Ergebnis der acht Landeshauptstädte weist auf Basis der Urnenwahlstimmen einen marginalen Rückgang (minus 0,1 Prozent) auf, in der Bundeshauptstadt Wien ging der Wähleranteil Van der Bellens von 63,6 auf 62,9 Prozent zurück.

### Bundespräsidentenwahl 9. Oktober 2022

Wahlstatistische Aggregatdatenanalyse: Wähleranteile Van der Bellens in städtischen/ländlichen Regionen  
(BPRW 8. 10. 2022–BPRW 4. 12. 2016)

Gemeindegröße	Van der Bellen BPRW 2022 in Prozent	Anteilsveränderungen VdB 2016 – VdB 2022 +– Prozent
Kleinstgemeinden	52,6	+ 7,5
Kleingemeinden	50,2	+ 6,2
Mittlere/Größere Gemeinden	51,9	+ 5,0
Klein- und Mittelstädte	53,1	+ 2,9
Landeshauptstädte	61,4	-0,1
Bundeshauptstadt Wien	62,9	-0,7

Quelle: ARGE WAHLEN, wahlstatistische Auswertung der Urnenwahlstimmen

Bundespräsidentenwahl 9. Oktober 2022

Deklarierte Wahlabsichten für den Amtsinhaber und seine „Herausforderer“ nach der Einstellung zur Arbeit der Regierung und den EU-Sanktionen gegen Russland

Erhebungszeitraum: 5.–6. Oktober 2022



<b>Antwortvorgaben</b>	<b>Amtsinhaber Van der Bellen in %</b>	<b>„Herausforderer“ Rosenkranz, Grosz und Wallentin (kumuliert) in %</b>
Nach dem Urteil über die Arbeit der ÖVP/GRÜNE-Koalitionsregierung:		
- Bin zufrieden	61	13
- Bin unzufrieden	25	37
Nach der Einstellung zu den EU- Sanktionen gegen Russland:		
Österreich sollte einen Alleingang gegen die EU wagen und die Sanktionen aufheben		
	18	48
Österreich sollte mit den anderen EU-Staaten die Sanktionen weiter unterstützen		
	54	14

Quelle: Demox Research, Online-Befragung, 1.000 CAWI-Interviews (kumuliert), Recall-Gewichtung nach der Bundespräsidentenwahl 2. Wahlgang 2022, Erhebungszeitraum: 5.-6. 10. 2022

Auch bei der Bundespräsidentenwahl 2016 stand die Frage, ob die Wähler ihre Stimme in erster Linie FÜR oder GEGEN bestimmte Kandidaten abgeben, im Zentrum des Erkenntnisinteresses. Die Ergebnisse der Wahltagsbefragung GfK Austria 2016 waren eindeutig: Bei 64 Prozent der befragten Wähler Van der Bellens war der Beweggrund „Hofer verhindern“ ausschlaggebend. Lediglich 36 Prozent Wähler Van der Bellens gaben als zentralen Beweggrund an, für Van der Bellen zu stimmen, „weil sie von ihm persönlich überzeugt sind“.

Mit umgekehrten Vorzeichen und in deutlich schwächerer Ausprägung waren diese Muster auch bei der Bundespräsidentenwahl 2022 zu sehen. Von den Präferenten der sechs „Gegenkandidaten“ (Brunner, Grosz, Rosenkranz, Staudinger, Wallentin, Wlazny) gaben im Schnitt 54 Prozent zu, dass ihr Votum eigentlich ein Votum gegen den amtierenden Bundespräsidenten (zentraler Beweggrund: „Weil ich mit der Amtsführung von Van der Bellen unzufrieden bin“) ist. Den zentralen Beweggrund „Weil ich von ‚meinem‘ Kandidaten überzeugt bin“ gaben dagegen nur 43 Prozent der befragten „Herausforderer“-Wähler an.

Sobald die demoskopisch messbaren Vorbehalte gegen Van der Bellen zusätzlich mit negativen Einstellungen zur EU und mit einer pessimistischen Wahrnehmung zur aktuellen Entwicklung Österreichs („Österreich geht in die falsche Richtung“) kombiniert werden, verstärken sich die Effekte.

Wer in der „Herausforderer“-Präferentengruppe der Meinung ist, dass der EU-Beitritt mehr Nachteile als Vorteile gebracht hat oder die Einschätzung teilt, dass „Österreich in die falsche Richtung geht“, tendiert stärker zum Hauptbeweggrund „Weil ich mit der Amtsführung von Van der Bellen unzufrieden bin“ (58 bzw. 59 Prozent).

### Bundespräsidentenwahl 9. Oktober 2022

Hauptmotiv der deklarierten Brunner/Grosz/Rosenkranz/Staudinger/Wallentin/Wlazny-Wähler: Vom bevorzugten Kandidaten überzeugt oder vor allem gegen Van der Bellen? Erhebungszeitraum: 5.–6. Oktober 2022

Antwortvorgaben	Weil ich von „meinem“ Kandidaten überzeugt bin in %	Weil ich mit der Amtsführung von Van der Bellen unzufrieden bin in %
Wähler der „Herausforderer“ gesamt	43	54
Nach der Einstellung zum EU-Beitritt:		
- Hat mehr Vorteile gebracht		
- Hat mehr Nachteile gebracht	5441	4258
Nach der Einschätzung zur Entwicklung in Österreich:		
- Geht in die richtige Richtung		
- Geht in die falsche Richtung	6639	3059

Quelle: Demox Research, Online-Befragung, 1.000 CAWI-Interviews (kumuliert), Recall-Gewichtung nach der Bundespräsidentenwahl 2. Wahlgang 2022, Erhebungszeitraum: 5.–6. 10. 2022

Unabhängig von Pro- und Contra-Motiven für einzelne Kandidaten werden die Aufgaben, die „der künftige Bundespräsident in erster Linie wahrnehmen sollte“, von den Wählern der fünf Parlamentsparteien sehr differenziert gesehen. ÖVP-Wähler erwarten sich vom Bundespräsidenten in erster Linie, dass er den Staat nach außen repräsentiert. Vor allem FPÖ-, aber auch

SPÖ-Wähler sehen die zentrale Aufgabe des Bundespräsidenten darin, die Zukunftsthemen des Landes zur Sprache zu bringen. Und für GRÜNE bzw. NEOS-Wähler ist vor allem wichtig, dass der Bundespräsident im Inland als ausgleichende Integrationsfigur auftritt.

### Bundespräsidentenwahl 9. Oktober 2022

Primäre Aufgaben des Bundespräsidenten

Erhebungszeitraum: 5.–6. Oktober 2022

Frage: „Welche der folgenden Aufgaben sollte der künftige

Bundespräsident in erster Linie wahrnehmen?“

Antwortvorgaben	ÖVP-Wähler in %	SPÖ-Wähler in %	FPÖ-Wähler in %	Grüne/NEOS Wähler in %
Den Staat nach außen repräsentieren	45	28	11	24
Im Inland als ausgleichende Integrationsfigur auftreten	31	28	30	39
Die Zukunftsthemen des Landes zur Sprache bringen	22	40	58	32

Quelle: Demox Research, Online-Befragung, 1.000 CAWI-Interviews (kumuliert),

Recall-Gewichtung nach der Bundespräsidentenwahl 2. Wahlgang 2022,

Erhebungszeitraum: 5.–6.10. 2022

Norbert Hofer hat bei der Wiederholungsstichwahl am 4. Dezember 2016 über 46 Prozent der gültigen Stimmen auf sich vereinigen können. Lange vor der Wahl war klar, dass aufgrund einer völlig anderen Ausgangssituation kein FPÖ-Kandidat auch nur annähernd an dieses Ergebnis herankommen wird. Dem FPÖ-Kandidaten Walter Rosenkranz wurde schnell bewusst, dass auch andere Kandidaten im großen Teich der Hofer-Stimmen fischen werden. Die Ergebnisse der Wählerstromanalyse haben die vermutete Aufteilung der Hofer-Stimmen 2016 bestätigt: 35 Prozent für Rosenkranz, 15 Prozent für Wallentin, 10 Prozent für Grosz und – doch überraschend – 18 Prozent für Van der Bellen.

**Bundespräsidentenwahl 9. Oktober 2022**

## WÄHLERSTROMANALYSE

Wie haben die Wähler Norbert Hofers (BPRW 2016) 2016 bei der Bundespräsidentenwahl 2022 gewählt?

Hofer-Wähler BPRW 4.12.2016	Hofer 2016 in Prozent
Alexander Van der Bellen	18
Walter Rosenkranz	35
Gerald Grosz	10
Tassilo Wallentin	15
Michael Brunner	3
Dominik Wlazny	7
Heinrich Staudinger	2
Nicht/Ungültig gewählt *)	10

Quelle: Institut für Wahl-, Sozial- und Methodenforschung

Eine verlässlichere Vergleichsbasis für die Wählerstromanalyse ist die Nationalratswahl 2019, die ziemlich genau drei Jahre vor der Bundespräsidentenwahl 2022 stattgefunden hat. Das analytische Interesse konzentrierte sich dabei vor allem auf die Wähler der beiden Traditionsparteien ÖVP und SPÖ, die sich von vornherein darauf festgelegt hatten, gegen einen amtierenden Bundespräsidenten keinen eigenen Kandidaten in ein aussichtsloses Rennen zu schicken. Mehr noch: Van der Bellen konnte zumindest auf eine dosierte Unterstützung dieser beiden Parteien hoffen. Gemessen an den Wahlempfehlungen für Van der Bellen war die SPÖ recht offensiv. Auch mehrere ÖVP-Spitzenpolitiker (insbesondere aus der Steiermark) outeten sich als Van der Bellen-Wähler, aber insgesamt gesehen agierte die ÖVP zurückhaltender als die SPÖ.

**Bundespräsidentenwahl 9. Oktober 2022**

## WÄHLERSTROMANALYSE

Wie haben SPÖ-Wähler der Nationalratswahl 2019 bei der Bundespräsidentenwahl 2022 gewählt?

SPÖ-Wähler NRW 2019	SPÖ-Wähler NRW 2019 in Prozent
Alexander Van der Bellen	53
Walter Rosenkranz	1
Gerald Grosz	1
Tassilo Wallentin	2
Michael Brunner	1
Dominik Wlazny	18
Heinrich Staudinger	1
Nicht/Ungültig gewählt	22

Quelle: Institut für Wahl-, Sozial- und Methodenforschung

Nach den Ergebnissen der vorliegenden Wählerstromanalyse haben nur 53 Prozent der SPÖ- und 43 Prozent der ÖVP-Wähler am 9. Oktober für Van der Bellen gestimmt. Für die Kandidaten Rosenkranz, Grosz und Wallentin gab es bei SPÖ-Wählern (NRW 2019) kaum etwas zu holen. Gut abgeschnitten hat bei SPÖ-Wählern dagegen Dominik Wlazny. Schon in den Umfragen vor der Wahl verstärkte sich mit dem Näherücken des Wahltermines die Tendenz von SPÖ-Wählern in Richtung Dominik Wlazny – vor allem in der Bundeshauptstadt Wien. Dass Van der Bellen in Wien unter seinem Wahlergebnis 2016 lag, ist vor allem darauf zurückzuführen, dass Dominik Wlazny, bekannt geworden als Gründer der „Bierpartei“, dem Amtsinhaber in der Bundeshauptstadt überdurchschnittlich viele potenzielle Van-der-Bellen-Stimmen abspenstig machen konnte. Bei ÖVP-Wählern war Wlazny dagegen weit weniger erfolgreich.

**Bundespräsidentenwahl 9. Oktober 2022**

## WÄHLERSTROMANALYSE

Wie haben ÖVP-Wähler der Nationalratswahl 2019 bei der Bundespräsidentenwahl 2022 gewählt?

ÖVP-Wähler NRW 2019	ÖVP-Wähler NRW 2019 in Prozent
Alexander Van der Bellen	43
Walter Rosenkranz	16
Gerald Grosz	9
Tassilo Wallentin	9
Michael Brunner	3
Dominik Wlazny	4
Heinrich Staudinger	3
Nicht/Ungültig gewählt	13

Quelle: Institut für Wahl-, Sozial- und Methodenforschung

Auffallend gut abgeschnitten haben unter ÖVP-Wählern 2019 die Kandidaten Rosenkranz, Grosz und Wallentin. Nach den Ergebnissen der Wählerstromanalyse haben 34 Prozent der ÖVP-Wähler einen dieser drei Kandidaten gewählt.

In seiner Aussagekraft relativiert werden diese Wanderungsmuster durch massive Verwerfungen in der Wähler- und Parteienlandschaft. Die ÖVP hat viele ihrer 2019 vor dem Hintergrund eines spektakulären „Sebastian-Kurz-Effektes“ errungenen Wählerstimmen wieder an die FPÖ verloren. Ein Großteil der 34 Prozent ÖVP-Wähler, die am 9. Oktober entweder Rosenkranz, Grosz oder Wallentin gewählt haben, sind mittlerweile keine ÖVP-Wähler mehr, sie sind wieder zur FPÖ abgewandert.

